



Kleine Anfrage

Sascha Herr (fraktionslos)

Fernwärme in Hessen: Informationsdefizite, Aufsichtslücken und Bewertung der Landesregierung

Vorbemerkung Fragesteller:

In der Antwort auf die Kleine Anfrage Drs. 21/3075 hat die Landesregierung ausgeführt, dass weder eine Übersicht über Energieversorgungsunternehmen in kommunaler oder staatlicher Beteiligung vorliegt noch eine fortlaufende Erhebung der Fernwärmepreise erfolgt. Gleichzeitig wurde bestätigt, dass es seit 2023 keine Abstimmungen mit großen kommunalen Energieversorgern zu Preisentwicklungen oder sozialer Abfederung gab.

Vor dem Hintergrund deutlich gestiegener Fernwärmepreise, eines strukturellen Monopolmarktes sowie der besonderen Bedeutung der Energieversorgung für die öffentliche Daseinsvorsorge stellt sich die Frage, wie die Landesregierung ohne eigene Datengrundlagen und ohne aktiven Austausch mit zentralen Marktakteuren eine sachgerechte energie- und verbraucherpolitische Bewertung sicherstellt.

Ich frage die Landesregierung:

- 1) Aus welchen konkreten Gründen erhebt die Landesregierung keine systematischen Daten zu Fernwärmepreisen und Energieversorgern mit öffentlicher Beteiligung in Hessen?
- 2) Plant die Landesregierung, künftig eine entsprechende Datenerhebung oder Übersicht aufzubauen, um fundierte Entscheidungsgrundlagen zu schaffen (bitte Zeitrahmen und Umfang angeben)?
- 3) Wie viele Beschwerden zu Fernwärmepreisen sind seit 2022 bei der Hessischen Landeskartellbehörde eingegangen (bitte jährlich aufschlüsseln)?
- 4) In wie vielen Fällen hat die Hessische Landeskartellbehörde seit 2022 Verfahren oder Prüfungen im Zusammenhang mit Fernwärmepreisen eingeleitet?
- 5) Aus welchen Gründen hat die Landesregierung seit 2023 keine Abstimmungen mit großen kommunalen Energieversorgern zu Preisentwicklungen oder sozialer Abfederung durchgeführt?
- 6) Wie begründet die Landesregierung ihre Einschätzung, dass kein Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Eigenständigkeit kommunaler Energieunternehmen und dem Schutz der Verbraucher vor übermäßigen Preissteigerungen besteht?

Wiesbaden, 29. Juli 2026

(Sascha Herr)